

15.05.2019

Kleine Anfrage 2529

der Abgeordneten Heike Gebhard, Thomas Göddertz, Sarah Philipp und Sebastian Watermeier SPD

Aktionen der Partei „Die Rechte“ im Ruhrgebiet

Im letzten Monat kam es in zahlreichen Ruhrgebietsstädten zu besorgniserregenden Aktionen der rechtsextremen und neonazistischen Partei „Die Rechte“. So wurden in Bottrop in der Nacht vom 14. auf den 15. April die Parteibüros der SPD und der Partei „Die Linke“ mit rechtsradikalen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert sowie mit Aufklebern der Partei „Die Rechte“ versehen.

In Gelsenkirchen wurde Oberbürgermeister Frank Baranowski im Vorfeld des Konzerts „Laut gegen Rechts“ offen gedroht. Sowohl in einer E-Mail als auch auf dem Twitter-Kanal der Partei „Die Rechte“ hieß es: „Frank Baranowski - wir sehen uns am 30. April“. Im Rahmen der Plakatierung zur Europawahl wurden offen an nationalsozialistische Propaganda angelehnte Plakate mit dem Slogan „Israel ist unser Unglück“ in unmittelbarer Nähe der Synagoge plakatiert, womit sich der Kreisverband der Partei „Die Rechte“ im Internet brüstete.

Den Höhepunkt der Provokationen stellte die Demonstration der Partei „Die Rechte“ am 1. Mai in Duisburg – Wanheimerort dar. Rund 250 Neonazis marschierten durch den Stadtteil und skandierten rechtsradikale Parolen und zeigten offen den Hitlergruß.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die verstärkten Aktivitäten der Partei „Die Rechte“ im Ruhrgebiet vor?
2. Wieviele Ermittlungsverfahren sind gegen Mitglieder der Partei „Die Rechte“ eingeleitet worden?
3. Gibt es bereits eine Einschätzung der Landesregierung, ob „Die Rechte“ die in der Verfassung und im Parteiengesetz definierten Kriterien für eine Partei im Sinne des Grundgesetzes erfüllt?

Heike Gebhard
Thomas Göddertz
Sarah Philipp
Sebastian Watermeier

Datum des Originals: 13.05.2019/Ausgegeben: 16.05.2019